

## ***Siege, Sackgassen und Sandkastenspiele***

### **Über die wirklichen Gewinner und Verlierer der Landtagswahlen - und ihre politischen Folgen**

Diese beiden Landtagswahlen haben dem Gemeinwesen gutgetan. Denn: Es gibt zwei Gewinner, die nicht zur Wahl standen: Das Parteiensystem und die politische Kultur. Roland Koch, der erst gegen kriminelle jugendliche Ausländer und anschließend gegen hessische Spitzenpolitiker mit ausländisch klingenden Namen Wahlkampf machte, wurde von den Wählern auch deshalb politisch abgeschoben. Dazu kommt: Die Parteien der Rechten spielten keine Rolle. Das ist nicht selbstverständlich, gerade weil die Kriminalität im Wahlkampf so hart diskutiert wurde. Und in vielen westeuropäischen Staaten gibt es mehr oder weniger starke Rechtsparteien, deren Erfolge damit erklärt werden, dass sie die sogenannten Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer - wenige aus Überzeugung, viele aus Protest - für sich gewinnen. In Deutschland vermögen zumindest bis heute alle Parteien wenigstens Teile dieser Gruppen zu integrieren. Zuallererst tut dies die Linkspartei. Sie bindet Modernisierungsverlierer und ist - trotz ihrer vor allem von Oskar Lafontaine zu verantwortenden autoritären, sozial-nationalen Ausflüge über den Sozialstaat und latent fremdenfeindlichen Einsprengel - nicht rassistisch, nicht nationalistisch, sondern demokratisch ausgerichtet. Ein Gewinn für die Demokratie, den auch die Gegner der Linkspartei nicht unterschätzen sollten.

Der zweite Gewinner, der nicht zur Wahl stand, ist das Parteiensystem selbst, das nun - mit dem Einzug der Linkspartei in die Parlamente zweier westdeutscher Flächenstaaten - stabil aus fünf Parteien besteht. Das erschwert zwar einerseits die Bildung von Regierungen. Das zeigt jedoch andererseits: Das Parteiensystem ist fähig, sich selbst zu erneuern; zuerst wurde mit den Bündnisgrünen die ökologische Frage neu aufgenommen und nun mit der Linkspartei die soziale Frage erneut in das System integriert. Was mit diesen beiden Landtagswahlen nicht gelungen ist: Die Distanz, die es zwischen Wahlvolk und dieser Parteiendemokratie gibt, hat sich nicht verkürzt. So ist in Niedersachsen die Wahlbeteiligung mit deutlich unter 60 Prozent auf einem Tiefststand gelandet. Und sogar in Hessen, wo die Politik dem Wähler in Person, Politik und Stil glasklare Alternativen zur Wahl präsentierte, stieg die Wahlbeteiligung nicht, sondern sank leicht.

Die SPD feiert sich. Das kann sie nur, weil sie verdrängt, dass es ihr nicht gut geht. Denn in Niedersachsen hat sie ein sehr schlechtes Ergebnis, in Hessen knapp 37 Prozent erreicht. Letzteres unter besten Bedingungen: mit einer Spitzenkandidatin, die sich mit sozialen Themen als unverbraucht und glaubwürdig profilieren konnte. Und mit einem Gegner, der als Inkarnation des traditionellen Politik-Betriebes gilt, kaum glaubwürdig ist, der in der wichtigen Bildungspolitik mit einer verheerenden Bilanz antrat und der - das war ausschlaggebend - in den zwei Monaten vor der Wahl in Stil, Themenwahl und Wahlkampagne alles falsch machte, was er falsch machen konnte. Mit anderen Worten: Hessen ist für die SPD die Ausnahme und nicht die Regel. Aber nicht einmal bei dieser Ausnahmewahl - glaubwürdige linke Spitzenkandidatin mit erkennbarer Machtperspektive - gelang es der SPD, die Linkspartei aus dem Parlament herauszuhalten. Da dies so ist, hat Kurt Beck, SPD-Parteivorsitzender, seine Partei mit dem Verdikt, im Westen werde mit der Linkspartei in keiner Weise zusammengearbeitet, in eine strategische Sackgasse erster Güte geführt. Was gibt es da zu feiern?

Es ist noch etwas Besonderes aus diesen geradezu mustergültig unterschiedlichen Wahlkämpfen in Hessen und Niedersachsen herauszulesen: Es hat - von der Bundesebene aus gesehen - nicht die SPD gewonnen oder die CDU verloren. Kurz gesagt: So wie die Modernisierer um Angela Merkel bestätigt und ihre innerparteilichen konservativen Gegner widerlegt wurden, so erlitten in der SPD die Anhänger von Gerhard Schröders Agenda 2010 wie Vizekanzler Frank-Walter

Steinmeier und Finanzminister Peer Steinbrück eine ebenso »krachende Niederlage«, wie sie die Grünen-Chefin Claudia Roth für Roland Koch beschrieb. Andrea Ypsilanti konnte dagegen gerade deshalb glaubwürdig soziale Themen vertreten, weil sie sich bereits früh deutlich von der Agenda 2010 abgesetzt hatte. Und niemand vertritt die These, dass der niedersächsische Spitzenkandidat Wolfgang Jüttner besser abgeschnitten hätte, hätte er sich für die Agenda 2010 eingesetzt; im Gegenteil. Nur wer sich in der SPD glaubwürdig von der Agenda-Politik absetzen kann, besitzt die Voraussetzung für Wahlerfolge.

Und Angela Merkel? Sie, die ihre Partei bereits viel stärker modernisiert hat, als es Kurt Beck mit der seinen auch nur im Sinn hat, ist durch beide Ergebnisse bekräftigt worden. In Stil und Inhalt wurde ihre Politik in Niedersachsen - leidlich - bestätigt und die Alternative dazu in Hessen abgelehnt. Eines ihrer Probleme ist jedoch größer geworden: Wer verkörpert in der CDU nun den konservativen Flügel? Das hat zwar auch Roland Koch nur selten gemacht, denn er ist lieber wirtschaftsliberal denn konservativ, aber ihm schrieb und traute man es eben zu. Dieses Vakuum ist nun noch größer.

Rückt Deutschland nun nach links? Nein. Mit einem Linksrutsch hat diese Verschiebung zwischen den Parteien wenig zu tun. Zumindest für denjenigen, der mit einer linken Politik eine Umverteilung von oben nach unten oder mehr betriebliche Mitbestimmung verbindet. Was sich ausdrückt, ist etwas anderes: Die Menschen wünschen sich in diesen unsicheren Zeiten eine stabile soziale Schutzmacht. Sie wollen an diesem System fair teilhaben, sie wollen es nicht verändern.